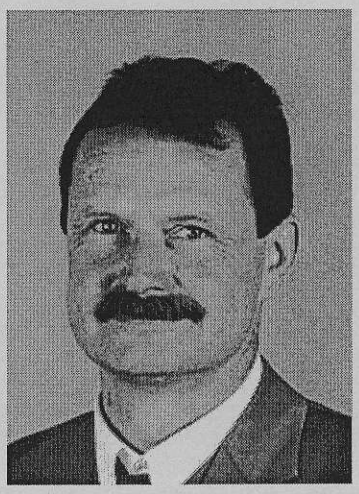
Anlage 4

Haushaltsrede

des Vorsitzenden Herbert Goldmann
der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen und natürlich aus der eigenen Fraktion,
liebe Gäste,

ich muss gestehen, dass ich dieses Mal lange überlegt habe, wie ich meine HH-Rede beginne - und ich hoffe, Sie gestatten mir - der aktuellen Debatte entsprechend - zuerst eine Einschätzung der allgemeinen politischen Situation, bevor ich auf die besondere im Kreis Unna zu sprechen komme.

Die nüchterne Analyse der weltweiten Finanz - und Wirtschaftskrise - zeigt m.E. deutlich, dass die Verfechter einer ausschließlich liberalisierten Wirtschaftspolitik unter dem Stichwort "Globalisierung der Märkte" gescheitert sind.
Wie die letzten Wochen gezeigt haben, ist der Markt allein nicht mehr in der Lage Steuerungskräfte zu entwickeln.
Die Bankenkrise ist hausgemacht, von Managern, die ihre Fähigkeiten maßlos überschätzt haben und die völlig verantwortungslos weiter gemacht haben, als schon klar war, dass dieses System am Abgrund stand.

Warum sage ich das?

Weil alleine in Europa von den nationalen Regierungen zur Rettung des Bankenwesens 1500 Mrd. € als Bürgschaft zur Verfügung gestellt werden.
Das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung macht allein mal so eben 50 Mrd. locker. Der Staat wird zum Alleshelfer. Wo werden Milliarden gebraucht? Wer will noch mehr?
Das größte Maßnahmenpaket in der Geschichte hat die Kanzlerin verkündet.
Korrekt wäre vielmehr - die größte Neuverschuldung aller Zeiten.
"Nicht zu handeln wäre keine Alternative gewesen" sagen Kanzlerin und Vizekanzler.
Zitat aus einem Kommentar:
"Für eine Regierung, die wissen sollte, was sie tut, eine bemerkenswert dürftige Begründung".

Meine Damen und Herren,

mit berechenbarer Politik hat das alles nichts mehr zu tun. Die große Politik ist beliebig geworden und hat die große Orientierung verloren.
Alle diese Subventionen sind die Steuerbelastungen von morgen. Und diese Mittel werden - auch der öffentlichen Hand und damit dem Kreis Unna -zukünftig an allen Ecken und Kanten fehlen.
Nur ein kleiner Hinweis am Rande, der aufzeigt, wie sich die Grenzen der politischen Verantwortung verschoben haben:

15 Mrd.€ - also 1 % der Bürgschaftssumme für die Banken - würden ausreichen um alle Teile dieser Welt mit Trinkwasser zu versorgen, in einer Welt, in der auch heute noch ca. 40.000 Kinder jeden Tag wegen Hungers sterben.
Hierüber spricht keiner - noch nicht einmal die Medien.
Sehen Sie es mir nach:
Die Sinnhaftigkeit einer solchen Politik erschließt sich mir nicht.

Und wenn ich dann noch das unglaubliche Gebräu ernstgemeinter Vorschläge zur Konjunkturankurbelung lese, wie Konsumgutscheine für Alle - Herrn Ackermann z.B.- und Steuerbefreiungen für zugelassene Neufahrzeuge, dann wird das Unverständnis nur noch größer.

Wenn der potentielle Erwerber des neuesten Porschemodells angelockt werden soll mit einer zweijährigen Steuerbefreiung und auf der anderen Seite, die beschlossene Kindergelderhöhung Hartz IV-Empfänger ausspart, dann wird klar, solche Ideen stammen aus Köpfen, die nicht wissen, wie es heutzutage in vielen Familien zugeht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade in Zeiten knapper Kassen und bedrohlicher Haushaltslagen ist es umso wichtiger, sich als Kommunalpolitiker auch seiner besonderen sozialen Verantwortung und des Gestaltungswillens bewusst zu werden um ausgewogene Entscheidungen treffen zu können.
Ich spreche z.B. von Kinderverwahrlosung und Missbrauch.
Die erschütternden Bilder aus 2008 haben wir alle noch vor Augen.

Ich spreche von Kinderarmut.
Gerade Kinder aus ärmeren Familien haben einen Anspruch auf Bildung und Förderung. Armut ist nach den Worten des Ev. Päses Alfred Buß ein Teufelskreis aus Mangelernährung, fehlender Zuwendung, schlechter Bildung und Ausbildung, fehlender Arbeitstelle, Geldmangel sowie fehlender Perspektive.

Ich spreche von Bildung:
Bildung ist nicht nur für diesen Personenkreis, sondern für die politisch Verantwortlichen - also für uns - die beste Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Meine Damen und Herren,

ich will nicht verhehlen, dass ich nach wie vor einen großen Respekt für unerwartende Unterstützung von CDU und FDP und Linken zur Einführung eines Sozialtickets im Kreis zum 01.12.2008 empfinde.

Ein richtiger Schritt, um Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wieder zu ermöglichen.

Dass bis heute über 2250 Berechtigte dieses Angebot nutzen, und es sich ja anscheinend auch finanziell wg. einer unerwartend hohen Anzahl von Neukunden für die VKU zu einem Erfolgsmodell entwickelt, sollte die Bedenkenträger nachdenklich stimmen.
Die Finanzverwaltung hat hierfür allein 800.000€ für 2009 eingesetzt.

Schade nur, dass die SPD - wieder einmal - einen solch wichtigen Schritt für den Kreis Unna nicht mitgegangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jeder achte Bundesbürger, sogar jedes sechste Kind in Deutschland ist arm. Tendenz steigend. Immer mehr Eltern verzweifeln ob der immensen Kosten, die der kostenlose Schulbesuch ihrer Kinder verursacht.
Die Unneraner Tafel - 2004 gegründet, in der ersten Woche von 8 hilfebedürftige Personen in Anspruch genommen; in der zweiten von 40 und heutzutage von bis zu 2000 Personen in der Woche.
Die Tafeln sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir können und wir dürfen unsere Augen hiervor nicht verschließen.

Lebenswirklichkeit auch im Kreis Unna.

Über die Notwendigkeit zur Einführung einer Sozialcard habe ich bereits gesprochen. Aber dies allein ist nicht alles. Die Öffnung aller sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen im Kreis für einkommensschwache Personen bleibt das Ziel grüner Politik. Ohne Ihre Unterstützung und die der Bürgermeister in den kreisangehörigen Kommunen wird es jedoch nicht gehen.

Ich komme zur Situation der kommunalen Haushalte im Kreis.
Der Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushaltes am 16.12.08 und meine beiden Vorredner/Innen - so unterstelle ich einmal - alles Wesentliche gesagt, so dass ich mich hier deutlich kürzer fassen kann.

Den Städten und Gemeinden steht finanziell das Wasser bis zum Hals oder drüber. Oberhausen mit Schulden von rd. 3 Mrd. zahlt nahezu tägl. die Summe von einer Million € an Zinsen und Tilgung; andere Städte wie Hagen werden aus dieser Schuldenfalle ebenfalls allein nicht mehr hinauskommen.

Schon machen Schlagzeilen wie "Städte fordern Rettungsschirm" die Runde.
Und tatsächlich ist die Haushaltssituation vieler Städte - auch im Kreis Unna - dramatisch.
Der eigentliche Skandal daran ist, dass sich diese Entwicklung seit langem abgezeichnet hat und die Bundes- und Landespolitik die Dinge hat treiben lassen. Und damit meine ich nicht nur die aktuelle Landesregierung.

Die Übertragung der Versorgungsverwaltung und von Umweltaufgaben ohne Kostendeckung gehören ebenso dazu wie die fehlenden Finanzmittel zum KIBIZ und die galoppierende Entwicklung der Sozialkosten bei Reduzierung der Bundesbeteiligung.

Die Städte, denen die Finanznot jegliche politische Gestaltungsfreiheit raubt, sind allein schon

überfordert mit dem mittlerweile hochkomplizierten Schuldenmanagement. Dies beweist nicht zuletzt die Schar der Kämmerer, die mit riskanten Finanzgeschäften den Stadtsäckel entlasten wollten und sich dabei böse verzockt haben.

Es ist Zeit für eine zentrale Schuldenberatung für die Kommunen. Besetzt mit hochrangigen Finanzexperten könnten sie das Fachwissen liefern, dass in den Rathäusern nicht vorgehalten werden kann.

Dass auch die Finanzverwaltung des Kreises hiervon berührt ist, wird spätestens deutlich durch das Agieren zum RWE-Aktienverkauf Ende 2007 und im März 2008, aber auch durch von der Verwaltung aufgebauten Druck zu einem vorschnellen Beitrittsbeschluss zur Haushaltsgenehmigung 2008 durch den Regierungspräsident.

Beide Male hat eine politische Mehrheit von CDU, FDP und Grünen gegen die Verwaltung dafür gesorgt, dass Schaden vom Kreis Unna genommen wurde.
Warum die SPD immer glaubt, sich reflexartig vor die Verwaltung stellen zu müssen und ihre eigene Positionierung vergisst, entschließt sich mir in diesem Zusammenhang nicht; politische Führung und Verantwortung bedeutet deutlich mehr.

Beide Male hat die Finanzverwaltung nicht professionell agiert.
Hier besteht für mich und für meine Fraktion für die Zukunft deutlicher Handlungsbedarf.

Und da die Haushaltberatungen auch immer ein Rückblick auf das abgelaufene Jahr erlauben, so gestatten Sie mir ein persönliches Resümee in Bezug auf den Leiter der Kreisverwaltung und des Kreistages.

Herr Landrat - ich habe Sie in den vergangenen Monaten in dieser Rolle nicht wahrgenommen. Nicht, dass Sie nicht häufig genug in der Presse waren, aber in der Notwendigkeit mit den politischen Kräften des Hauses zu kommunizieren, z.B. zu den Themen Haushaltsplanung, Suchthilfepolitik, Ausrichtung der GWA - und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, die uns - auch im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen - weiterhelfen, waren Sie nicht ausreichend präsent.

Zwischenzeitlich sprechen die Bm. des Kreises direkt mit den politischen Spitzen des Kreistages. Das ist ja nicht verwerflich, entspricht aber nicht meinem Rollenverständnis eines direkt gewählten Landrates.

Aber auch hierdurch wird klar, dass insgesamt für den Kreis Unna und für die Kreisverwaltung ein dringender Handlungsbedarf auf vielen Handlungsfeldern besteht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

einige grüne Ideen und Vorstellungen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Kreises haben wir heute - zum Teil konkretisiert - zur Beratung vorgelegt.
Wie z.B. das Thema "Mikrofinanz".

Vielen Klein - und Mittelständische Unternehmen ist der Zugang zu den Kapitalmärkten verschlossen - und dies gilt nicht nur für Investitionsvorhaben, sondern gerade auch zur Anschubfinanzierung und zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei gefüllten Auftragsbüchern.

Der Antrag liegt Ihnen ja heute zur Diskussion und Beschlussfassung vor; daher an dieser Stelle ganz kurz:
Wir brauchen konkrete Handlungsansätze für diese Unternehmen unter Beteiligung der WfG.
Um es an dieser Stelle mal ganz deutlich zu sagen, ich bin mit der Rolle der WfG und insbesondere ihres Geschäftsführers überhaupt nicht zufrieden.

Nachhaltige Wirtschaftsförderung ist bedeutend mehr als Flächenvermarktung und Beratung bei Unternehmensgründungen.

Es geht um neue Aufgabenfelder wie Energie- und Klimaschutzpolitik, um einen Aufbau von Netzwerken für Dienstleister, aber auch um einen maximalen Einfluss bei der kommunalen Arbeitsmarktförderung.

Regionalagentur, KFP, Stiftung Weiterbildung und wer sonst noch ist allein auf diesem Gebiet tätig.
Wo liegen die Schnittstellen?
Gibt es Synergieeffekte" Keiner weiß anscheinend die Antwort.

Alle Einrichtungen müssen zukünftig besser koordiniert werden für eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Kreises.

Fakt ist: nicht nur bei der WfG sind viele Vorgänge dem Kreistag entzogen.

Entscheidungswege, Konzepte und deren finanzielle Auswirkungen vieler Kreisbeteiligungen entziehen sich den Augen des Kreistages.

Selbst denen, an denen wir mehrheitlich beteiligt sind. Sie führen z.T. ein Eigenleben ohne ausreichende politische Kontrolle.

Ich erkenne - nach wie vor - keine verbindliche Strategien zur zukünftigen Ausgestaltung.
Und noch weniger kann ich erkennen, ob, welche und wie viele Ressourcen wir jedes Jahr verbrennen?
Wir brauchen die Einführung eines Beteiligungscontrollings bei der Kreisverwaltung.

Der Finanz- und Controllingausschuss kann diese Aufgabe nicht erfüllen und hat m.E. für die Zukunft keine Chance.
Ohne ein solches Instrument des Beteiligungscontrollings werden wir in wesentlichen Handlungsfeldern keine Gestaltungsfunktion wahrnehmen können.
Und hier bin ich auch bereits bei den Schnittstellen" zwischen Kreis und den kreisangehörigen Kommunen.

Die Bauhöfe waren bereits Thema. Das Ergebnis war unbefriedigend. Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung , Arbeitsmarkt- und Energiepolitik gehört dazu.
Hierüber müssen wir diskutieren und nicht über die Frage, ob beim Kreis zwei Kugelschreiberminen eingespart werden können, oder - um auf die Liste der Vw. zu sprechen zu kommen, ob ein Schwimmkurs für islamische Frauen eingestampft werden soll.

Meine Damen und Herren,

es geht um Strukturen, um Doppelstrukturen und um Perspektiven für den Kreis. Gemeinsam im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen.

Ich finde das Draufhauen einiger Bürgermeister und Kämmerer auf den Kreis mittlerweile unerträglich.
Unerträglich wegen des Stils und der Unfähigkeit selbst konstruktive Vorschläge zu unterbreiten; schauen Sie sich mal konkret die Einwendungen aus den Kommunen an.
Völlig klar: Alles gehört ergebnisoffen auf den Prüfstand.
Wer kann bestimmte Aufgaben zukünftig besser erfüllen?
Wir brauchen uns wahrlich nicht wegzuducken.
Wir repräsentieren die Bürger des Kreises Unna - auch mit unserer freiwilligen Aufgabenerfüllung; wie z.B. im Bereich der Kultur.
Wir reden hier nicht von imaginären Schatten. Das haben einige Bm. offensichtlich vergessen.
Erfolgsmodelle werden fortgeführt.

Und aus diesem Grund war meine Fraktion auch geschlossen dafür die Versorgungsverträge mit der GWA heute über 2017 hinaus zu verlängern.
Die GWA ist mit ihrer engagierten und erfolgreichen Geschäftspolitik Garant für eine gesunde Abfallwirtschaftspolitik im Kreis.
Mein ausdrücklicher Dank gilt der GF und der Mitarbeiterschaft.

Meine Damen und Herren,

dass wir gegen den allgemeinen Trend nicht ansparen können, sollte mittlerweile jeder begriffen haben. Aber wir können die strukturellen Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind um eine effektiv geführte Verwaltung mit Unterstützung der Politik in die Lage zu versetzen optimal mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen, ohne, dass wir uns unserer sozialen Verantwortung entziehen.

Eine zukunftsgerichtete Politik im Kreis Unna muss sagen, was sie will.
Ob wir wollen, dass immer mehr Berufstätige von ihrem Lohn eine Familie nicht ernähren können. Der Kämmerer hat auf dieses Problem der "Aufstocker" im Kreis Unna in seiner Haushaltsrede hingewiesen.

Wir müssen sagen, ob wir diese unsägliche Debatte über Mindestlöhne wirklich wollen. 7,50 € bedeuten bei 40 Stunden in der Woche 1320 € Monatseinkommen.
Zu viel - unzumutbar - für viele Unternehmer?
In vielen Familien - auch bei uns - ist die Stimmung hundeelend. Wir müssen sagen, ob wir das wollen - oder die wachsende Armut auch bei uns endlich ernsthaft bekämpfen.

Ich komme zum Schluss:
Bis heute Mittag hätte ich Ihnen nun die Zustimmung der Grünen Kreistagsfraktion - verbunden mit dem Dank an die Verwaltung mitgeteilt -, das erstgenannte hat sich grundlegend geändert.
Das zweite bleibt.

Bei allem Verständnis für die aktuelle Finanzsituation der kommunalen Ebene, das, was uns der

Landrat - nachdem er seit einigen Monaten völlig abgetaucht ist - uns nun - 26 Stunden vor der entscheidenden Kreistagssitzung -nach dem Motto "Friß oder stirb" präsentiert, ist sowohl vom Stil, als auch vom Inhalt völlig inakzeptabel.

Anscheinend umtreibt diese Idee die Verwaltung seit mehreren Tagen; kein Wort im Ältestenrat in der letzten Woche. Keine Vorabstimmung mit den Kreisspitzen.
Der vom Landrat gewählte Weg ist der direkte Kontakt mit dem RP gestern Morgen um 8 Uhr und die Übermittlung des Ergebnisses.
Ich fühle mich weder informiert, noch mitgenommen.

Diese Kommunikationsmängel sind aber nicht das entscheidende.
Wie muss sich eine Finanzverwaltung fühlen, die seit Monaten intensivst alle Daten und Fakten zusammenträgt, um ein belastbares Zahlenwerk vorzulegen.
Mit einem differenzierten Vorschlag mit der dritten Stelle hinter dem Komma kommt der Kämmerer noch in der letzten Woche in meine Fraktion, um um Zustimmung für den Haushaltsentwurf zu werben.
Die bekommt er, wie ich öffentlich am 23. erklärt habe.

Und jetzt sind all diese wochenlangen Anstrengungen alle zusätzlichen Erträge und Aufwendungen zu erfassen, auszuwerten um sich den Kommunen anzunähern Schall und Rauch.
Ich fühle mich - entschuldigen Sie die drastische Ausdrucksweise - ziemlich verarscht.

Meine Damen und Herren,

das hat mit einer seriösen Haushaltsplanung und der Einhaltung von Haushaltsgrundsätzen doch nun überhaupt nichts mehr zu tun.

Dieses Spiel zeigt die "Beliebigkeit" der Verwaltungsspitze bei der Haushaltsaufstellung.
Ehrlichkeit, Transparenz, verlässliche, belastbare Zahlen waren die Schlagworte der letzten Wochen.
Nichts ist mehr geblieben.
Das "Zufriedenstellen" der Bürgermeister ist angesagt.
Dafür macht man auch neue Schulden. Diese Zeiten sollten doch allemal vorbei sein.
Darüber waren wir uns alle einig.
Ein externer Berater soll es richten. Hierfür benötigen wir nach den Worten des Landrates mindestens eine sechsstellige Summe. Gleichzeitig sagt der Landrat: ich sehe kein seriöses Sparpotential.
Ja - warum dann ein solcher Vorschlag?
Um es auf den Punkt zu bringen:
Die Grüne Fraktion wird der Vorlage 180-1, nicht aber der Vorlage 180-2 zustimmen.

Vielen Dank, dass Sie mir solange zugehört haben.